

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock  
und dessen Umgebung.

**Erscheint**  
wöchentlich drei Mal und  
zwar Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. In-  
sertionspreis: die Kleinsp.  
Zeile 10 Pf.

**Abonnement**  
vierteljährl. 1 M. 20 Pf.  
(incl. Bringerlohn) in der  
Expedition, bei unsern Bo-  
ten, sowie bei allen Reichs-  
Postanstalten.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

**Nr. 57.**

32. Jahrgang.  
Donnerstag, den 14. Mai

1885.

Nachdem der **Haushaltplan** der Stadt Eibenstock für 1885 gedruckt worden ist, wird Solches mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß auf Verlangen und soweit der Borrath reicht, Druckexemplare desselben in der Rathsexpedition unentgeltlich abgegeben werden.

Eibenstock, am 13. Mai 1885.

Der Stadtrath.  
Löcher.

Bg.

Am 15. Mai 1885

wird der zweite Termin der diesjährigen **Communalanlagen** fällig. Es wird dies mit dem Bemerkten hierdurch in Erinnerung gebracht, daß nach Ablauf der zur Zahlung nachgelassenen achtstägigen Frist gegen etwaige Restanten executivisch vorgegangen werden wird.

Der Gemeinderath zu Schönheide.

## Sonst und Jetzt.

Die glücklich vorübergegangenen Tage der Kriegsbefürchtung erinnerten in mancher Hinsicht an die Zeiten, welche dem orientalischen Kriege der fünfziger Jahre vorausgingen. Damals wie jetzt handelte es sich um den Gegensatz der beiden Staaten, die zugleich europäische und asiatische Großmächte sind, als solche die Oberhoheit über Millionen von Muselmännern führen und mit den Anschauungen der asiatischen Völker ebenso zu rechnen haben, wie mit den Interessen ihrer christlichen Unterthanen. Damals wie jetzt lagen Streitfragen vor, welche den Frieden und das Zusammenleben der Bewohner des mittleren Europa zwar nicht direct berühren, deren gewaltfamer Ausbruch aber nichtsdessenweniger von Einfluß auf die Verhältnisse der gesammten Kulturwelt sein würde.

Weitere Vergleichen zwischen damals und heute aber sind — dem Himmel sei Dank — nicht möglich! Der Umsicht der preussischen Regierung gelang es auch vor dreißig Jahren, unserm Vaterlande die Theilnahme an den kriegerischen Verwickelungen im Orient zu ersparen. Wer über ein Menschenalter zurück denken kann, erinnert sich aber, welche Mühe es damals kostete, diese Neutralität und den inneren Frieden Deutschlands aufrecht zu erhalten. Beide streitende Theile zählten deutsche Anhänger, die zum Anschluß an ihre Freunde riefen und drängten. Russen und Wirtenfreunde führten in der Presse und in den öffentlichen Versammlungen erbitterte Fehden, bei welchen der unter den gegebenen Verhältnissen unvermeidliche Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich immer wieder seine Rolle spielte. Trotz ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Bunde hatten die beiden deutschen Großmächte vielfach auseinandergehende Interessen, die eine verschiedene Stellung zu den Kämpfen an der unteren Donau und in der Krimm bedingten und demgemäß das Zusammengehen, ja den Frieden zwischen den Kabinetten von Berlin und Wien wiederholt in Frage stellten. Von den verschiedensten Seiten hörte man behaupten, daß das getheilte und zerrissene Deutschland einmal keine selbstständige Rolle in der Welt zu spielen berufen sei, so bleibe ihm nichts übrig, als sich auf die Seite des einen oder des anderen seiner mächtigen Nachbarn zu stellen. Dauernd und ohne Schaden für uns werde sich die deutsche Neutralität nicht behaupten lassen, und Deutschland darum am Besten thun, rechtzeitig Partei zu ergreifen und aus seiner Vereinzelung hervorzutreten.

Wie anders sind die Dinge dieses Mal gegangen! Weder im Auslande noch im Inlande kam es irgend Jemand in den Sinn, Deutschland die Betheiligung an Verwickelungen zuzumuthen, die seine Interessen nicht berührten. Alle Welt wußte, daß wir das Recht und die Macht besitzen, Streitigkeiten Dritter untheilhaft und dennoch völlig gesichert zuzusehen und uns auf die Sorge für eigene Angelegenheiten zu beschränken. Ungehindert durch die in Ost und West herrschende Unruhe konnte das deutsche Volk, im Gefühl glücklich errungener nationaler Sicherheit seine Friedensarbeit weiter treiben, ohne auch nur einen Augenblick von derselben aufzusehen. Noch bedeutungsvoller erscheint aber ein anderer Umstand. Obgleich Preußen und Oesterreich in den fünfziger Jahren ein und demselben Staatenbunde angehörten, verfolgten diese Staaten in Sachen des orientalischen Conflicts so verschiedene Richtungen, daß die guten Beziehungen zwischen ihnen nur mühsam aufrecht erhalten werden konnten. Heute, wo zwischen dem habsburgischen Kaiserstaate und dem unter Preußen

geeinigten Deutschland kein staatsrechtliches Band mehr besteht, sind die Regierungen beider Reiche dagegen völlig eines Sinnes und Jedermann sah für selbstverständlich an, daß die befreundeten Nachbarn dieselbe Friedenspolitik befolgten.

Der Deutsche, der sich diesen Gegensatz zwischen Sonst und Jetzt vergegenwärtigt, wird das nicht anders, als mit Dank gegen das Geschick und mit ehrfurchtsvoller Anerkennung gegen die Männer thun können, welche den glücklichen, ruhmreichen Wandel der Verhältnisse herbeigeführt haben, der gegenwärtig nicht nur uns, sondern dem gesammten Welttheile zu Gute kommt.

## Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Reden des Fürsten Bismarck am letzten Sonnabend im Reichstag haben Aufsehen gemacht. Mit außerordentlicher Frische und Schlagfertigkeit hat der Kanzler den Antrag auf staatliches Verbot betreffs der Sonntagsfeier im Interesse der Arbeiter bekämpft und verlangt, daß zunächst die Arbeiter selbst darüber gehört werden sollen, ob sie die Beschränkung um ein volles Siebentel gutheißen. Der Kanzler ging an den religiösen Gründen, welche namentlich von den Abg. Windthorst und Klein-Regow für den Sonntagsfeierzwang angeführt wurden, vorüber und prüfte die Anforderungen des praktischen Lebens. Wenn dem Arbeiter Brod fehle, so fehle ihm auch der Sinn für die höheren Güter. So lange nicht nachgewiesen werde, wie den Sonntags an der Arbeit zu hindern den Leuten ihr Lohnausfall zu ersetzen sei, werde er die Entfendung des Gesetzbuches in die Werkstätten bekämpfen. Den Arbeitgebern könne man nicht die Lohnerhöhung um 14 pCt. zur Pflicht machen, da viele dadurch zum Export unfähig werden und infolgedessen genöthigt sein würden, ihre Arbeiter zu entlassen. Der Abg. Windthorst bestand darauf, daß ein Gesetz Gottes unbedingt beobachtet werden müsse, sollten die Arbeiter auch einen kleinen Ausfall am Lohne erleiden. Die Berathung ist nicht zu Ende geführt, sollte sie fortgesetzt werden, so ist die Ablehnung des Antrages durch eine kleine Mehrheit gegen das Centrum und den größeren Theil der Conservativen, und die Annahme des Buhlschen Antrages auf Veranstaltung einer Enquête zur Feststellung der in Betracht kommenden Verhältnisse wahrscheinlich.

— Ueber denselben Gegenstand berichtet man weiter: Das scharfe Hereinsahren des Kanzlers in die Sonntagsfeier-Debatte des Reichstags hat zur Folge gehabt, daß die Mehrheit, aus dem Centrum und den Conservativen bestehend, den Antrag Buhl abgelehnt hat, welcher die vom Kanzler befürwortete Enquête auf dem Gebiete der Arbeiterverhältnisse zur Berathung gestellt sehen wollte. Mit tausend Stimmen ist man losgesegelt, ein halbes Duzend Anträge concurrirten im Anfange der Session, um den Arbeitern Schutz zu gewähren — nun ist nicht einmal das Boot gerettet, selbst die Einholung von Informationen ist von den ehemals Schutzbereiten nicht unterstützt worden.

— Unter den Vorlagen, deren Erledigung im Reichstage vor dem Schluß der Session noch erfolgen muß, befindet sich bekanntlich auch der Auslieferungsvertrag mit Rußland. Derselbe wird voraussichtlich lebhaftem Widerspruch begegnen, und man erwartet daher, daß außer den Regierungs-Kommissarien, auch der Reichskanzler in die Debatte eingreifen wird. Im Bundesrath scheint die Vorlage auch nicht unbedingte Zustimmung gefunden zu haben, wie aus dem Vorbehalt der bayerischen Regierung

zu schließen ist, wonach die bereits bestehenden Auslieferungsverträge zwischen einzelnen deutschen Staaten und Rußland, soweit sie nicht mit dem neuen Vertrage im Widerspruch stehen, aufrecht erhalten bleiben sollen und auch das bisherige Verfahren in Auslieferungssachen, sowie das Entscheidungsrecht der Einzelstaaten hinsichtlich der Gewährung der Auslieferung nicht beeinträchtigt werden darf.

— Bei den Regimentern in Potsdam sollte, wie die „Potsdamer Nachrichten“ meldeten, ein Schreiben des Kriegsministers circuliren, demzufolge für die deutschen Besetzungen im Kamerun-Gebiet eine Anzahl von civilverpflichteten, jetzt noch aktiven Militärpersonen gesucht würden. Dieselben sollen die Krü-Neger im Dienst der Waffen ausbilden, damit diese als Sicherheitsmannschaften verwendet werden können. Nur durchaus gesunde und kräftige Militärs, welche unverheirathet sind, werden berücksichtigt. Dieselben sollen außer freier Ueberfahrt und freier Wohnung ein Anfangsgehalt von 2600 bis 3000 Mark erhalten. Vorläufig handelt es sich indeß bloß um Meldungen von Unteroffizieren für eine im Kamerun-Gebiet zu organisirende Polizei; als Amtsdienner verwendet, sollen dieselben zugleich die Krü-Neger, welche später als Sicherheitsmannschaften fungiren sollen, militärisch ausbilden.

— Die Reichskassenscheine à 5, 20 und 50 M. vom 11. Juli 1874 werden nur vom 1. Juli 1885 an bei der Kgl. Preuß. Kontrolle der Staatspapiere eingelöst.

— Frankreich. Nach längerer Pause beginnen neuerdings wieder aus Frankreich kommende Nachrichten über beabsichtigte oder bereits vollzogene Truppendislocationen die militärische Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Bei Pas des Lanciers, unweit Marseille, wird eine in der Konzentration begriffene Division, wie es heißt, zur eventuellen Einschiffung nach überseeischen Häfen bereit gestellt, und ebenso haben nahe der deutsch-französischen Grenze einige Truppen-Verschiebungen bereits stattgefunden. Das Infanterie-Regiment Nr. 37 ist von Troves nach Nancy und das zweite Bataillon Chasseurs à pied von Versailles nach Luneville dislocirt worden. Wichtiger scheinen indessen die für den Herbst geplanten Veränderungen in der Dislocation der Kavallerie nahe der Ostgrenze des Reiches. Zwei Regimenter Kavallerie, das zweiundzwanzigste und dreiundzwanzigste sollen, das erstere von Provins nach Sedan, das letztere von Meaux nach Bar-le-duc verlegt werden; zwei andere, das siebente bezw. zehnte werden vom Lager von Chalons nach St. Menéhoult und Vouzier, drei reitende Batterien nach Stenay dislocirt werden. Es liegt auf der Hand, daß diese Maßnahmen ein nicht unerhebliches Verschieben von Truppen in größere Nähe der deutsch-französischen Grenze bedeuten; und dieselben verdienen um so mehr Beachtung, als der Verwendung der Kavallerie-Divisionen und der ihnen beigegebenen Artillerie gerade bei Beginn einer kriegerischen Aktion gegenwärtig eine besonders hohe Bedeutung beigelegt werden muß.

## Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 13. Mai. Am Montag Abend fand in dem erst seit kurzer Zeit hier selbst bestehenden „Verein f. volksthümlich. Gesundheitspflege“ der zweite öffentliche Vortrag, gehalten von Hrn. Kurhausbesitzer Hindorf aus Radebeul-Dresden, statt. Auch zu diesem Vortrage hatte sich wieder ein zahlreiches Publikum aus allen Kreisen hiesiger Stadt eingefunden. Der Vortragende behandelte als Thema die volksthümliche Gesundheitspflege und wies insonderheit